

radbereich auszuweichen, wenn zum Beispiel zwei Radfahrende nebeneinanderfahren. Daher halte er eine Fahrbahnverengung für wünschenswert.

Frau Dr. Mathes verliest die Rückmeldung des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) zu dem Bürgerantrag:² Da keine besondere Gefahrenlage in der Graf-Moltke-Straße erkennbar sei, lasse die StVO keine Reduzierung der dort geltenden Höchstgeschwindigkeit zu. Zudem seien keine erhöhten Lärmpegel oder Luftemissionswerte gegeben, die verkehrsbeschränkende Maßnahmen ermöglichten. Die Fahrbahn sei durch beidseitig angelegte Schutzstreifen bereits eingengt. Tempoüberschreitungen seien nicht bekannt.

Von einigen Fachausschussmitgliedern wäre eine Geschwindigkeitsreduzierung gerne befürwortet worden. Die Fachausschussmitglieder sind sich jedoch einig, dass sie – aufgrund der Stellungnahme des ASV – keine Möglichkeit zur Umsetzung einer Temporeduzierung haben und daher kein Beschluss von Seiten des Beirats gefasst werden soll.

TOP 3: Fortsetzung der Beratung des Gutachtens zur Parksituation in einem Schwachhauser Quartier

Im Gutachten wurde jede Straße im Untersuchungsbereich einzeln ausgewertet. Wesentlicher Bestandteil des Gutachtens ist der Vorschlag, aufgesetztes Parken – unter der Voraussetzung einer Mindest-Gehwegbreite von 1,50 m – zu legalisieren und Parkplatzmarkierungen anzubringen.

Herr Heck merkt an, dass zunächst das weitere Verfahren besprochen werden müsse.³ Er schlägt vor, den oben genannten Vorschlag als einen befristeten Versuch durchzuführen, der mit einer Verkehrsüberwachung einhergehen müsste.

Auf Nachfrage eines Bürgers, warum aufgesetztes Parken umgesetzt werden solle, wenn es laut StVO nicht vorgesehen sei, erläutert Herr Heck, dass die Legalisierung des aufgesetzten Parkens zwar nicht optimal sei, aber dennoch eine Verbesserung für Fußgänger/innen darstelle, da es in der Realität viele Örtlichkeiten gebe, an denen die tatsächlich verfügbare Breite des Fußwegs deutlich unter 1,50 m liege. Aus seiner Sicht sei es daher besser 1,50 m Gehwegbreite sicherzustellen als untätig zu bleiben.

Ein weiterer Bürger bemängelt, dass heutige Kfz breiter als die angenommenen 1,80 m seien, dass 1,50 m Mindestgehwegbreite aufgrund von Schaltschranken, Straßenlaternen etc. nicht eingehalten werden würde und dass im Gutachten ein zweiprozentiger Zuwachs an Kfz angenommen werde und dieser Zuwachs gefördert werde, wenn mehr Platz für Kfz geschaffen werde. Der letzte Punkt widerspreche dem Weiteren dem politischen Willen der Reduzierung des Parkraums, der im Maßnahmenfeld G des Verkehrsentwicklungsplans festgehalten sei. Er schlägt vor, dass neben dem angedachten Verkehrsversuch auch der Versuch das aufgesetzte Parken zu unterbinden in einer Straße durchgeführt werden solle.

Frau Haker verweist auf die roten Hinweisschilder, die vom Fachausschuss „Integration, Soziales und Kultur“ entwickelt worden seien, um Bürger/innen darauf aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren, dass sie durch ihr Parkverhalten die Mobilität und Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer/innen einschränken. Diese könnten von Beiratsmitgliedern an den betreffenden Kfz angebracht werden.

Die Fachausschussmitglieder einigen sich darauf, einen konsensfähigen Vorschlag – ob ein Versuch und falls ja, für welche Straßen oder ob er flächendeckend durchgeführt werden soll – zunächst in der „Arbeitsgruppe Verkehr“ zu erarbeiten.

² Das Schreiben des ASV ist dem Protokoll als **Anlage 1 b** angefügt.

³ Vorgestellt wurde das Parkraumgutachten auf der Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ am 14.03.2017, siehe unter [Protokoll Nr. 15](#) und [Parkraumgutachten Schwachhausen BMO](#) sowie auf der Beiratssitzung am 28.09.2017, siehe unter [Protokoll Nr. 24](#) und [Präsentation BMO zum Parkraumgutachten](#). Die Ergebnisse dieser Untersuchung lassen sich hier abrufen: http://www.bmo-stadtuundverkehr.de/SchwachhausenParken/Parken_Schwachhausen.zip.

Frau Dr. Mathes ergänzt, dass mehrheitsfähige Vorschläge daraufhin nochmals öffentlich beraten würden. Nach der Festlegung konkreter Maßnahmen müsse zunächst eine Stellungnahme vom ASV angefordert werden.

TOP 4: Stadtteilbudget Verkehr

Frau Dr. Mathes stellt die Maßnahmen vor, die aus Mitteln des Stadtteilbudgets vorgeschlagen oder bereits beschlossen wurden:⁴

- Der Rückbau von Überfahrten und die Schaffung öffentlicher Parkplätze am Schwachhauser Ring sei schon beschlossen worden. Es stehe noch eine Entscheidung des Beirats bzw. Fachausschusses aus, welche öffentlichen Parkplätze realisiert werden sollen. Vom ASV seien hierzu Kostenkalkulationen sowie Pläne vorgelegt worden.⁵
- Die Entsiegelung der geteerten Flächen und Verfüllung mit Oberboden am Seitenrand der Fahrbahn der Kirchbachstraße zwischen Scharnhorststraße und Kleiner Kirchbachstraße sei erfolgt.
- Die Kostenkalkulation des ASV für Baumschutzmaßnahmen in der Donandtstraße zwischen Georg-Gröning-Straße und Schwachhauser Heerstraße liege nun vor. Nach den Erhebungen des Orsamtes betrügen die maximalen Gesamtkosten auf Grundlage dieser Kostenschätzung ca. 35.700 €. Der Umsetzungsbeschluss des Beirats stehe noch aus.
- Die Kostenschätzung für die Verstetigung der provisorischen Ampel Carl-Schurz-Straße sei beschlossen worden. Das ASV möchte die Verkehrszählung und Untersuchung durch ein Ingenieurbüro abwarten. Ergebnisse seien erst in 2018 zu erwarten.
- Hinsichtlich der baulichen Herrichtung eines Beidrichtungsradverkehrs in der Konrad-Adenauer-Allee zwischen Kurfürstenallee und Barbarossastraße sei eine Verständigung mit dem Beirat Vahr erforderlich.
- Bezüglich der Verbesserung der Fahrradwege im Bereich Schubertstraße und Benquestraße sowie der Anbringung einer Rundbank um die Linde an der Ecke Schwachhauser Ring/ Wachmannstraße/ Donandtstraße habe es keinen Konsens der Beiratsmitglieder gegeben.

Abzüglich der ersten beiden beschlossenen Maßnahmen gebe es noch ein Rest-Budget in Höhe von 103.778 €.

Zum Schwachhauser Ring schlägt Herr Heck vor, die Parkplätze vor den Hausnummern 10, 14 und 16 sowie im Bereich der Georg-Gröning-Str. 170 zu realisieren, da die Parkplätze im Bereich Claussenstraße 62 verhältnismäßig teuer seien und das veranschlagte Budget dafür nicht ausreiche. Zudem kritisiert Herr Heck die breiten Zufahrten zu den öffentlichen Parkplätzen, da er befürchte, dass dort dann wieder geparkt werde.

Frau Auras erläutert, dass die beim Ortstermin am 26.04.2017 mit dem ASV vereinbarten Punkte bei der Kostenkalkulation und Planung im Wesentlichen eingehalten worden seien. Die Parkplätze im Bereich Georg-Gröning-Straße seien im Rahmen des Ortstermins vom Beirat als Option vorgeschlagen worden, ohne um eine Kostenschätzung zu bitten. Der Bereich Claussenstraße sei ein neuer Vorschlag des ASV.

Herr Dr. Volkmann verdeutlicht, dass die CDU-Fraktion die Umsetzung der Maßnahmen nach wie vor ablehne und sich daher nicht an der weiteren Diskussion hierzu beteilige.

Da somit kein einstimmiger Beschluss erzielt werden kann, wird sich darauf geeinigt, das Thema weiter auf der kommenden Beiratssitzung zu beraten. Von Seiten des Fachausschusses wird darum gebeten, eine Vertretung des ASV zu dieser Sitzung einzuladen.

Falls die Umsetzung der Baumschutzmaßnahmen in der Donandtstraße beschlossen wird, schlägt Frau Dr. Mathes vor, das ASV um eine Detailplanung mit konkretisierten Kostenanga-

⁴ Eine Übersichtsliste über das Stadtteilbudget „Verkehr“ des Beirats Schwachhausen ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

⁵ Diese sind dem Protokoll als **Anlagen 3 a bis d** angefügt.

ben für das Vorhaben zu bitten und anschließend die Anwohner/innen zum Beispiel im Rahmen einer Anwohnerversammlung einzubeziehen.

Die Fachausschussmitglieder beschließen einstimmig die Umsetzung dieser Maßnahme und stimmen dem von Frau Dr. Mathes vorgeschlagenen Vorgehen zu.

Frau Haker schlägt vor, eine weitere Maßnahme vom ASV prüfen und hinsichtlich der Kosten schätzen zu lassen. Da im Kreuzungsbereich Crüsemannallee/ Emmastraße schlechte Sichtverhältnisse für abbiegende Verkehrsteilnehmer/innen aufgrund ständig widerrechtlich parkender Kfz im Kreuzungsbereich herrschten und sie daher ein hohes Sicherheitsrisiko in diesem Bereich sehe, sollten dort Schraffierungen und Baken oder Poller angebracht werden.⁶

Der Fachausschuss stimmt dieser Maßnahme einstimmig zu. Er einigt sich darauf, dass geprüft und dargestellt werden solle, wie hoch die Kosten zum einen für die Anbringung von Schraffierungen und Baken sowie zum anderen für die Anbringung von Pollern wären.

TOP 5: Verschiedenes

Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt

Frau Dr. Mathes berichtet, dass zur Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt einige Vorschläge von der Verkehrsbehörde umgesetzt werden sollen. Schwachhausen sei aber nicht betroffen, sodass von Seiten des Ortsamts und Beirats Schwachhausen zunächst keine Teilnahme mehr an den Treffen erfolgen werde.

Umlaufgitter in der Schwachhauser Heerstraße in Höhe der Haltestelle Parkstraße

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass für die Umsetzung der Maßnahme zwischenzeitlich eine Detailplanung erarbeitet und abgestimmt worden sei. Die Umsetzungsverfügung sei erteilt worden, der Umsetzungszeitpunkt stehe jedoch nicht fest.

Elektroladestation

Wie Frau Dr. Mathes mitteilt, habe die swb die Errichtung einer Elektro-Ladesäule in der Kurfürstenallee unter der Hochstraße in Höhe der Kirchbachstraße beantragt. Der Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ hatte dem einstimmig zugestimmt.

Piktogramm in der Parkallee

Auf der letzten Sitzung des Fachausschusses „Verkehr“ hatte ein Bürger vorgeschlagen, in der Parkallee an der Ecke Schwachhauser Ring/ Bürgerpark auf dem Radweg ein Vorfahrtszeichen als Piktogramm anbringen zu lassen. Gemäß Frau Dr. Mathes habe das ASV bei einer Ortsbegehung mitgeteilt, dass es laut StVO nicht möglich sei, ein solches anzubringen. Stattdessen werde jedoch an der Ausfahrt aus dem Bürgerpark vor der Parkallee ein Fahrradpiktogramm mit gegenläufigen Pfeilen angeordnet, das auf den gegenläufigen Radweg und die Vorfahrtsberechtigung der Radfahrenden in der Parkallee hinweisen solle.

Ergebnisse der Schallmessungen in der Kirchbachstraße

Aufgrund von Anwohnerbeschwerden über Verkehrslärm hatte die BSAG angeboten, bei einer Anwohnerin der Kirchbachstraße Schallmessungen durchzuführen.⁷ Die Ergebnisse seien gemäß Frau Auras nun von einem von der BSAG beauftragten Gutachter vorgestellt worden.⁸ Gemäß den Gesetzesgrundlagen würden Ausreißer bzw. Spitzenwerte bei Luftschallmessungen nicht berücksichtigt. Die Immissionsgrenzwerte für Mischgebiete, um das es sich hier handele, betragen 64 dB (A) am Tag und 54 dB (A) in der Nacht. Die Messungen für Busse haben etwa 53 dB (A) am Tag und 49 dB (A) in der Nacht ergeben und 60,5 dB (A) am Tag und 52 dB

⁶ Der Antrag der CDU ist diesem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

⁷ In den Sitzungen des Fachausschusses „Verkehr“ wurde am 23.08.2016 und 10.11.2016 das Thema „Verkehrslärm in der Kirchbachstraße“ beraten. Die Protokolle sind zu finden unter: [Protokoll Nr. 9](#) und [Protokoll Nr. 12](#). Die Anlagen zu den Protokollen und weitere Unterlagen finden sich unter folgendem Link: http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/fachausschuesse/protokolle_2016-14181#Verkehr.

⁸ Die Ergebnisse der Schallmessungen sind dem Protokoll als **Anlage 5** angefügt.

(A) in der Nacht für Straßenbahnen. Die Straßenbahnen und Busse der BSAG hielten somit die gesetzlich erforderlichen Luftschallwerte ein. Die Grundlage für Planfeststellungen seien gemäß Richtlinie eigentlich die berechneten Werte. Eine Berechnung des Gutachters habe Werte von 64,4 dB (A) tagsüber und 54 dB (A) nachts für den Bus- sowie Schienenverkehr ergeben. Die gemessenen Werte seien also niedriger als die berechneten Werte.

Eine Gesamtlärm-Messung habe tagsüber einen Wert in Höhe von 67,6 dB (A) ergeben. Der Luftschall, der durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) verursacht werde, liege um 8 dB (A) über dem Wert, den Busse und Bahnen verursachen. Das heißt, der MIV mache den größten Anteil an der Gesamtbelastung aus, sodass der Gesamtlärm über gesetzlichen Grenzwerten liege.

Die Körperschallbelastung durch die Straßenbahnen liege knapp über der „Fühlschwelle“ und sei somit sehr gering. Die Körperschallbelastung durch Busse liege nur zeitweilig über dem Grenzwert. Durch Körperschallbelastung verursachte Gebäudeschäden seien definitiv ausgeschlossen. Für die BSAG gebe es keinen Handlungsbedarf.

Weiter teilt Frau Auras mit, dass die betreffende Anwohnerin darum bittet, das Thema erneut im Fachausschuss zu behandeln, da die Gesamtlärmbelastung (Straßenbahn, Bus, MIV) in der Kirchbachstraße über den gesetzlichen Grenzwerten liege und daher Handlungsbedarf bestehe. Frau Auras schlägt vor, das Thema erneut aufzurufen, wenn die Ergebnisse der Lärmkartierung 2017 vorliegen.

Der Fachausschuss stimmt dem Vorgehen einstimmig zu.

Standortvorschlag und Ergebnisse der Geschwindigkeitsmesstafeln (GMT)

Frau Dr. Mathes berichtet, dass eine GMT in der Fahrradstraße Parkallee angebracht werde, sobald dem Ortsamt wieder der mobile Haltemast zur Verfügung stehe. Ein Bürger habe vorgeschlagen, die GMT anschließend in der H.-H.-Meier-Allee aufstellen zu lassen. Frau Dr. Mathes schlägt hierzu vor, die rechtliche Auseinandersetzung zur Rücknahme der Einführung der Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h abzuwarten. Dann könne zudem geprüft werden, ob eine Anbringung auch ohne mobilen Haltemast möglich ist.

Zuletzt hing die GMT in der Riensberger Straße. Wie Frau Dr. Mathes ausführt, seien stadteinwärts immer bei über 40 Prozent der Messungen Geschwindigkeitsüberschreitungen aufgezeichnet worden. Herr Wesemann teilt hierzu mit, dass er dies an den Revierleiter und an das Revier Vahr weitergegeben habe, die mehr Möglichkeiten und Kapazitäten hätten, um „lasern“ zu können.

Frau Auras teilt mit, dass die GMT am 06.10.2017 von der Riensberger Straße in die Kirchbachstraße verlagert worden sei. Dort seien die Anteile an Geschwindigkeitsübertretungen mit etwa 15 bis 19 Prozent vergleichsweise gering, wie auch im Jahr 2015 schon.

Situation und Verbesserungsmöglichkeiten in der Lothringer Straße

Von Seiten der Kita wurde unter anderem angemerkt, dass in dieser Fahrradstraße die Straßenmarkierung nicht mehr zu erkennen ist, nicht mehr zu sehen ist, dass es sich um eine Kita handelt und Kinder in den Bring- und Abholphasen die Straße passieren, die Feuerwehrausfahrten und die dazugehörige Beschilderung nicht mehr zu erkennen ist und diese Flächen als Parkmöglichkeit genutzt werden.

Frau Dr. Mathes sieht vor, diesen Punkt in der kommenden Woche auf dem „Jour Fixe“ mit dem ASV, der Polizei sowie dem Sprecher und Stellvertreter dieses Fachausschusses zu beraten.

Antrag für (öffentliche) Fahrradabstellanlage in der Tettenbornstraße

Eine Bürgerin stellt ihren Antrag vor, im öffentlichen Bereich der Tettenbornstraße eine Fahrradabstellanlage einzurichten. Dies sei vom ASV mit der Begründung abgelehnt worden, dass es sich bei dieser Straße um eine reine Anwohnerstraße handle und dort keine Fahrradbügel aufgestellt werden können. In Findorff habe sie jedoch in einem reinen Wohngebiet bereits erfolgreich eine solche Anlage beantragt.

Frau Dr. Mathes sagt zu, diese Thematik im Rahmen des „Jour Fixe“ anzusprechen.

Barrierefreier Umbau der Haltestellen Kurfürstenallee und Kulenkampffallee

Zum barrierefreien Umbau der Haltestellen Kurfürstenallee und Kulenkampffallee verweist Frau Dr. Mathes auf ein Schreiben des ASV. In diesem heißt es, dass der Bundesgesetzgeber mit seiner Vorgabe nach § 8 Abs. 3 des Personenbeförderungsgesetzes bis 2022 eine vollständige Barrierefreiheit im straßengebundenen ÖPNV erreichen solle. Da noch keine detaillierten Kriterien vorlägen, wie die vollständige Barrierefreiheit auszusehen habe, werde der barrierefreie Ausbau des Bushaltespunktes Kurfürstenallee (in Fahrtrichtung Rablinghausen) sowie des Bushaltespunktes Kulenkampffallee (in Fahrtrichtung Kattenturm) bis zur Klärung dieser Sachverhalte zurückgestellt.

Deputationsvorlage: Verbesserung der Radverkehrsführung an ampelgeregelten Kreuzungen

Frau Dr. Mathes weist auf die Deputationsvorlage „Fortschreibung der Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verbesserung der Radverkehrsführung an ampelgeregelten Kreuzungen“ hin.⁹ Demnach solle der Radverkehr getrennt vom Fußgängerverkehr geführt werden, da dies die Verkehrssicherheit erhöhe.

In Schwachhausen seien folgende Kreuzungen betroffen:

- Hollerallee/ Hollersee: Hier werde ein Umbau sowie eine neue Steuerung der Lichtsignalanlage für etwa 15.000 € durchgeführt.
- Hohenlohestraße/ Hermann-Böse-Straße: Hier solle ein Umbau sowie eine Änderung der Markierung und Beschilderung für etwa 15.000 € erfolgen.

Behindertenparkplatz in der Gevekothstraße

Wie Frau Dr. Mathes mitteilt, solle in der Gevekothstraße ein persönlicher Behindertenparkplatz eingerichtet werden. Der Fachausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Termin für die nächste Fachausschusssitzung: **Mittwoch, 13.12.2017, 18:30 Uhr.**

Sprecher	Vorsitzende	Protokoll
Dr. Volkmann	Dr. Mathes	Auras

⁹ Die Deputationsvorlage für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 02.11.2017 ist hier zu finden: [Fortschreibung der Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verbesserung der Radverkehrsführung an ampelgeregelten Kreuzungen](#).